Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Weihnachts-Ausstellung
prachtvoller Neuheiten
Ed. Pachtmann,
Kgl. Sächs. Hoflieferant,
Pragerstr. 7.
Alleiniger Inhaber der seit 1870 in Dresden gegründeten und vielfach prämiirten
Leder- und Bronze-Galanterie-Waaren-Fabrik.

Morgenkleider und Unterröcke
in allen Stoffen, eigenes Fabrikat, empfiehlt das grösste Lager am Platze
W. Metzler, 15 Altmarkt 15. Bitte auf Firma zu achten.

Julius Schädlich,
am See 40
Petroleum-Lampen,
Kerzen, Kronleuchter.

Magazin feiner Lederwaaren
Kunstgewerbliche Gegenstände
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstrasse 2,
zunächst dem Altmarkt.

Die Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Königl. Hoflief., Dresden, Altmarkt,
meldet die Eröffnung ihres großen Weihnachts-Ausverkaufes zurückgesetzter Stickereien aller Arten – frisch in Farben – zu enorm billigen Preisen.

Nr. 331. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 26. Nov.: Schwacher unbestimmter Wind, geringe Bewölkung resp. neblig, keine od. geringe Niederschläge, etwas wärmer. | Dresden, 1884. **Mittwoch, 26. Nov.**

Für den Monat December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstrasse 13, zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserl. Postanstalten im deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in der Oesterr.-Ungar. Monarchie zu 77 Kr. excl. Agiozuschlag angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Soviel innerliche Berechtigung der Antrag auf Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten hat, wunderlich ist es doch, daß er in einem Augenblicke erscheint, wo der Haushalt des Reiches einen Fehlbedarf von 40 Millionen aufweist. Tagegelder, in Höhe von 20 Mark an etwa 400 Abgeordnete 60—90 Tage gewährt, würden den Haushalt mit einer ständigen Ausgabe von 500,000 bis 700,000 Mark belasten. Es muß eigenthümlich berühren, daß die Abgeordneten, statt mit Vorschlägen zur Deckung des Fehlbedarfs herauszurücken, ihn um diese beträchtliche Summe zu vergrößern beantragen. Jedenfalls sollten sie den Schein vermeiden, vor Allem für sich selbst zu sorgen und die Zahlung von Tagegeldern erst für ihre Nachfolger beanspruchen. Die etwas unanständige Eile in der Einbringung des Diäten-Antrages entsprang dem Aerger über die Beschränkung der Freifahrtkarten auf das Reisen zwischen Berlin und dem Wohnsitze des Abgeordneten. Mit den Freifahrtkarten ist häufig genug Unfug getrieben worden. Sehr vornehme Herren haben auf Grund derselben während der Reichstagszeit Vergnügungs- oder Badereisen vorgenommen. Andere benutzten sie, um im Interesse ihres Geschäftes in ganz Deutschland herumzuspritzen und für den Absatz ihrer Erzeugnisse thätig zu sein; der häufigste Mißbrauch erfolgte seitens sozialdemokratischer und deutschfreisinniger Abgeordneter, um rings im Vaterlande auf Kosten der Steuerzahler berufsmäßig zu agitiren. Die Beschränkung der Freifahrtkarten der Abgeordneten auf die wirklichen Reisen nach und von Berlin wird den Steuerzahlern viele Zehntausende Mark ersparen. Ein winziger Tropfen nur, der von den fehlenden 40 Millionen abgeht! Wie sie beschaffen? Einen recht gehässigen Vorschlag hatte der muffige Verein ausgeheckt, der sich den langen Namen eines „Vereins zur Wahrung der Interessen des Handels und der Gewerbe" beigelegt hat, der sich aber immermehr als eine Anstalt zur Beförderung der Interessen des Großkapitals und der Börse entpuppt. Er beantragt die Einführung einer Quittungssteuer, von der er sich eine Einnahme von 50 Millionen verspricht. Jedermann leuchtet ein, daß eine allgemeine Quittungssteuer gerade den mittleren und kleinen Geschäfts-Verkehr empfindlich trifft, den großen Börsenverkehr aber nur unwesentlich berührt, zumal die Steuer als Fixstempel, ohne Rücksicht auf die Höhe des Quittungsbetrages, gedacht ist. Der Vorschlag ist ein krampfhafter, aber völlig aussichtsloser Versuch, sich von der Börsensteuer loszukaufen. Diese kommt doch! Die Konservativen bereiten einen Antrag daraufhin vor, der den letzten, unerledigt gebliebenen Börsensteuerentwurf zur Grundlage nimmt. Eine wesentliche Herabsetzung des 40 Millionen-Defizits ist, je nachdem die Börsensteuer aufgelegt wird, zu erwarten. Vor Allem sind die Differenzgeschäfte hoch zu besteuern, die eben nirgendswo anders als an der Börse gemacht werden. Eine Emissionssteuer ist ebenfalls zu berücksichtigen, hingegen jede Bestimmung zu vermeiden, die auf eine Geschäftssteuer hinausläuft. Außer der Börse eignet sich kein Artikel so sehr zur Besteuerung, als der Branntwein. Eine vernünftige Besteuerung desselben könnte Millionen einbringen; sie würde den unserem Vaterlande nicht zur Ehre gereichenden Zustand beseitigen, daß wir den billigsten Schnaps vergläsern. Wenn infolge einer namhaften Erhöhung der Branntweinsteuer der Branntweingenuß zurückginge, so gäbe das keinen Grund zu klagen. In Norwegen kamen früher 20 Liter Schnaps auf den Kopf, jetzt seit der Steuererhöhung nur 3—4. 1851 kamen, obwohl sich der Schnapsgenuß bereits auf 7 Liter per Kopf ermäßigt hatte, auf 100,000 Einwohner 249 Strafgefangene; jetzt zählt man nur noch 180. Umgekehrt in Belgien. Die Belgier tranken 1840 per Kopf 8 Liter und zählten auf 100,000 Einwohner 269 Strafgefangene; heute haben sie 648, nachdem der Schnapsverbrauch auf 12 Liter jährlich gestiegen ist. Dieselbe Wirkung trat auch in den Verhältnissen der Hilfsbedürftigen, Irrsinnigen und Selbstmörder hervor. Norwegen hat auf 100,000 Einwohner 3300 Hilfsbedürftige, 83 Irrsinnige, 7 Selbstmörder, Belgien dagegen auf dieselbe Einwohnerzahl 14,000 resp. 150 und 10. Kein besseres Mittel zur Bekämpfung der Branntweinpest als eine gehörige Erhöhung der Branntweinsteuer. Die Moral wie die Reichsfinanzen stehen sich dabei gleich gut. Geringen Einfluß auf die Finanzen wird, für den Augenblick wenigstens, die Reform der Zuckersteuer machen, so unaufschieblich sie auch ist. Seit Jahren wurde die preußische Regierung — denn diese trifft für die Beschlüsse des Bundesraths in dieser Frage die Hauptverantwortlichkeit — bestürmt, die Ausfuhrvergütung für Zucker herabzusetzen, weil dieselbe nahe daran war, mehr zu betragen, als die ganze Zuckersteuer überhaupt einbrachte. Preußen blieb taub. Es bewirkte damit die das vernünftige Bedürfniß weit übersteigende Vermehrung der Zuckerfabriken und die maßlose Ueberproduktion in Zucker. Statt daß die bestehenden Fabriken in guter Rente erhalten blieben, laboriren sie jetzt alle unter der Zuckerkrisis; die Rübenbauern müssen sich fast überall empfindliche Abzüge gefallen lassen und der Reichskasse sind Hunderte von Millionen entgangen.

Die neue Vorlage betreffs der Postdampfersubventionen unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin in mehreren Punkten recht vortheilhaft. Sie fügt zunächst den früher schon vorgeschlagenen zwei Linien nach Ostasien und Australien eine dritte (eine vierte Linie, nach Britisch-Indien, welche Bismarck vorgeschlagen, hat der Bundesrath gestrichen) für den Verkehr mit West- und Ostafrika hinzu. Die letztere soll von der deutschen Nordsee über Rotterdam (bezw. Antwerpen), Havre (bezw. Cherbourg), Borée, Angra Pequena, Kapstadt, Natal, Delagoabay und Mozambique nach Zanzibar führen. Letzteres Sultanat hat sich soeben unter Deutschlands Schirmherrschaft gestellt. Die Bedeutung dieses Vorganges erhellt aus den Mittheilungen der „Tgsgesch.". Für den Verkehr nach Ostasien war schon früher eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Hongkong ins Auge gefaßt (via Rotterdam, Suez, Colombo, Singapore); sodann eine Zweiglinie entweder von Triest oder Genua aus nach Alexandrien in Egypten; sie soll zugleich als Zugangslinie für die sofort zu erwähnende australische Hauptlinie dienen; endlich eine Zweiglinie zwischen Honglong und Yokohama. Den direkten Verkehr mit Australien soll eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Sidney über Rotterdam, Suez, Adelaide und Melbourne und eine Zweiglinie von Sidney nach den Tonga- und Samoainseln bilden. Für die beiden Linien nach Ostasien und Australien forderte die erste Vorlage auf 15 Jahre 4 Millionen Zuschuß im Jahre; die Hinzufügung der afrikanischen Linie erhöht den Jahreszuschuß auf 5,400,000 Mk. Nicht mehr das postalische Interesse wird von der Reichsregierung als oberster Beweggrund aufgeführt, sondern die Förderung des Handelsverkehrs. Alle großen seefahrenden Nationen unterstützen mit Staatsbeiträgen die den Weltverkehr vermittelnden Postdampferlinien; selbst das freihändlerische England zahlt den überseeischen Postdampfern jährlich 12 Mill. Mark und die großbritannischen Kolonien tragen noch weit höhere Zuschüsse und Prämien bei. Frankreich unterstützt seine Postdampfer mit 26 Mill. M. jährlich. Die Benutzung fremdländischer Postdampfer durch Deutschland, das den Weltpostverein begründet, ist wenig würdig. Wie sollte Deutschland, das durch Zuschüsse zur Gotthardbahn ein Verkehrsmittel unterstützte, das nicht in seinem Gebiete liegt, den eigenen Schiffen, die mit deutschen Erzeugnissen herrenlose Meere durchschneiden, eine mäßige Förderung versagen? Wir zweifeln nicht, daß im Reichstag sich eine Mehrheit für die Vorlage finden wird; für sie sind die 160 Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen bereits da und die fehlenden 40 werden sich wohl noch schaffen lassen. Schlimmstenfalls wird Herr Windthorst, der ja Wind und Wetter im Reichstage macht, seine Opposition durch ein persönliches Nein! bekunden können, dieweil er etliche 40 Centrumsmänner zu der vorübergehenden Unterstützung der Regierung abkommandirt. Auf die Details der Vorlage selbst einzugehen wird später Anlaß sein. Namentlich ist es noch streitig, ob es sich empfiehlt, ganz neue Postdampfer zu bauen, die der Fahrgeschwindigkeit der Engländer und Franzosen gleichkommen, oder bereits vorhandene Postdampfer, die darin zurückbleiben, zu verwenden; ebenso fragt es sich, wie groß man die neuen Postdampfer baut.

Die Stellung Gladstone's wird wieder einmal als erschüttert, oder doch als sehr schwierig bezeichnet. Glaubhaft versichert man, derselbe sehne sich nach Ruhe; wenn er die Wahlreform durchgesetzt, wolle er das Ministerium niederlegen und sich als Pair ins Oberhaus zurückziehen. Aus diesem Grunde verwende er sich für die Erhaltung des Oberhauses. Damit ist aber seinen radikalen Anhängern durchaus nicht gedient — Abschaffung des Oberhauses habe Gladstone versprochen und jetzt handle er als Wortbrüchiger. Auch die egyptische Frage vermehrt die Schwierigkeiten seiner Stellung; das Ministerium ist in diesem Punkte getheilter Meinung. Einstweilen aber zeigt sich der alte Premier der Lage noch völlig gewachsen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 25. Novbr.

Berlin. Die Kaiserin kehrt am 2. Dezbr. von Coblenz nach Berlin zurück. — Drahtnachrichten aus Capstadt melden, daß einer der Herren von der Expedition Höpner mit einem neuen Kaufkontrakte über Gebiete nördlich von Angra-Pequena angekommen ist und sich am 26. d. M. nach Bremen begiebt.

Berlin. In der heutigen Kommissionssitzung der Konferenz wurde der Bericht über die Handelsfreiheit des Congogebietes verlesen und festgestellt. Derselbe wird in der übermorgen stattfindenden Sitzung der Konferenz vorgelegt werden.

Bremerhaven. In der Verhandlung des Seeamtes über die Collision zwischen dem Lloyd-Dampfer „Hohenstaufen" und der Corvette „Sophie" stellte der Reichskommissar gegen den Kapitän des „Hohenstaufen", Winter, den Antrag auf Patententziehung. Das Urtheil wird am 9. Dez. verkündet.

Paris. Mit Ausnahme der radikalen Presse, welche fortfährt, einer Provokation der Regierung Schuld an den gestrigen Vorgängen und absichtliches Hervorrufen derselben zuzuschreiben, ist im Uebrigen alle Welt einig darin, das energische Vorgehen der Polizei zu loben, namentlich in industriellen und kommerziellen Kreisen, da dergleichen Störungen der Ordnung auf der Straße nicht zur Besserung der Geschäftskrisis beitragen können. Man darf gewiß sein, daß die Regierung eine etwaige Wiederholung solcher anarchistischer Ausschreitungen mit derselben Rücksichtslosigkeit und Entschiedenheit zu begegnen wissen wird und daß die Polizei Befehl hat, jegliches öffentliches, die Ruhe störendes Hervortreten der Revolutionäre und Anarchisten mit der gleichen Energie und Bestimmtheit wie vorgestern zu unterdrücken.

Paris. Angesichts des fast gänzlichen Erlöschens der Cholera stellte auch heute der Seinepräfekt die Veröffentlichung von Cholera-Berichten ein.

Bordeaux. Das Journal „Gironde" meldet die in Pouillac auf dem Parquetboote „Ville de St. Nazaire" erfolgte Verhaftung von 4 angeblich deutschen Matrosen des italienischen Schiffes „Berna", welche beschuldigt waren, einen Mordversuch in Santanga auf ihren Kapitän begangen zu haben. Die 4 Angeklagten sind hier gefangen gesetzt und dem italienischen Konsul zur Verfügung gestellt worden.

Kairo. Die für heute anberaumte Verhandlung des Prozesses der Staatsschuldenkasse gegen die egyptische Regierung wurde auf 8 Tage vertagt.

Die Berliner Börse behielt auch heute ihre feste Tendenz bei. Die Thatsache, daß das Rothschild-Consortium seine Verkäufe von ungarischer Goldrente beendet, wirkte anmuthend. Neue Emissionen von Belang stehen nicht in Aussicht, und man erwartet eine wesentliche Coursteigerung des Rentenmarktes, welcher auch anderen Gebieten zu Gute kommen würde. Auch das Erlöschen der Cholera in Paris wirkte günstig. Das Geschäft war freilich nicht so angeregt als gestern, auch brachte der Schluß eine nicht unwesentliche Abschwächung. Die Nachbörse war indeß wieder fest. Spekulative Banken belebt, die hohen Anfangscourse indeß nicht behauptet. Von deutschen Bahnen wurden Ostpreußen infolge von Gerüchten über ungünstige Transporte um 1½ Proz. gedrückt. Auch sonst schlossen deutsche Bahnen mehrfach mit Verlusten, dagegen waren österreichische fest, obgleich auch hier die Anfangscourse sich nicht erhielten. Spekulative Montanwerthe höher, auf Beendigung der Krisis im Eisengeschäft. Fremde Renten ruhiger, Russen nachgebend. Im Kassaverkehre waren deutsche Bahnen ziemlich fest, österreichische gut behauptet, Banken abgeschwächt, Bergwerke fester und etwas anziehender. Von Industrien waren namentlich Brauereien und Maschinenfabriken lebhaft im Steigen. Oesterreichische Prioritäten befestigt.

Frankfurt a. M., 25. November. Credit 220. Staatsbahn 253¼. Lombarden 129½. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 224¼. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 79. 77er Russen —. 80er Russen —. 3. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Diskonto 2½%. Egypter 61¾. Böhm. W. —. Serbier —. Rubig.

Wien, 25. November. Credit 303,50. Staatsbahn 301,50. Lombarden 119,20. Nordwb. 176,20. Marknoten 60,20. Ung. Gold. 106,50. Silberkat —. Schwach.

Paris, 25. Nov. Schluß. Rente 79,22. Anleihe 106,85. Italiener 97,70. Staatsbahn 630,25. Lombarden 318,75. do. Prioritäten —. Egypter 522,00. Oest. Goldrente —. Spanier 59,56. Ottomanen 605,00. Tabaksaktien —. Fest.

London, 25. November, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100⅛. 1873er Russen 95⅝. Italiener 95¾. Lombarden 12⅝. Türken 8⅞. 4% fund. Amerik. 127⅛. 4% Ungar. Goldrente 79½. Oesterr. Goldrente 85¾. Preußische Consols 103⅛. Egypter 63⅛. Ottomanbank 11⅝. Suez-Actien 75¾. — Stimmung: Fest. — Wetter: Frost.

Stettin, 25. Novbr., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, loco 145—155, pr. November-December 154,50, pr. April-Mai 165,50. Roggen unverändert, loco 132—136, pr. Nov.-December 136,50, pr. April-Mai 150,00. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Nov-December 51,00, pr. April-Mai 52,00. Spiritus fest, loco 41,50, pr. November 41,00, pr. Nov.-December 41,00, April-Mai 41,00. Petroleum loco 8,60.

Breslau, 25. November, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. November 40,70, pr. November-December 41,00, pr. April-Mai 43,60. Weizen pr. November 153,00. Roggen pr. November 131,50, pr. November-December 131,50, pr. April-Mai 137,00. Rüböl pr. November 51,50, pr. Nov.-Dec. 51,50, April-Mai 52,50. Stimmung: Fest. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Ihre Maj. die Königin besuchte gestern die Kunstgewerbehalle, bewirkte auch daselbst verschiedene Einkäufe.

— Ihre kgl. Hoheiten die Prinzessinnen Mathilde und Josepha in Begleitung der Hofdame Gräfin Vitzthum besuchten gestern auf der Brühl'schen Terrasse die Ausstellung des Gemäldes „Alhas letzter Ritt".

— Der Herr Kriegsminister v. Fabrice ist von seiner Urlaubsreise wieder zurückgekehrt.

— Das Königreich Sachsen beantragt im Bundesrathe die Ablehnung des Postsparkassengesetzes. Doch ist eine solche nicht zu erwarten, wohl aber eine wesentliche Umgestaltung des preußischen Entwurfes.

— Die Intention der Kircheninspektion bezüglich der Theilung der Johannisparochie zu Gunsten der Frauenkirchenparochie in der Weise, daß ungefähr 12,000 Seelen von ersterer zu letzterer kämen, hatte beim Kirchenvorstande der Johanneskirche ebenso wie in der Gemeinde lebhafte Bedenken erregt und waren dieselben bei der Kirchenbehörde geltend gemacht worden. Infolgedessen haben Verhandlungen stattgefunden und es ist ein Kompromiß dahin abgeschlossen worden, daß die Theilungslinie von der Bürgerwiese aus durch die Langestraße, Neuegasse, große Ziegelstraße und Steinstraße bis an's Terrassenufer gezogen werde, daß alle von der Theilungslinie betroffene Straßen auf beiden Seiten zur Frauenkirche kommen, ebenso alle westlich von der Linie gelegenen Straßen, bez. Straßentheile. Es kommen also zur Frauenparochie außer den jetzt schon gehörigen Straßen: Langestraße, Johannisplatz, westlicher Theil der Marschallstraße, Neuegasse, Seestraße, Drehgasse, westlicher Theil der Pillnitzerstraße, oberer Theil der Ziegelstraße, Steinstraße, westlicher Theil des Terrassenufers, ca. 6500 Seelen. Die Frauenparochie ist allerdings in den letzten 7 Jahren in der Seelenzahl zurückgegangen. Neubauten kommen selten vor; immermehr wird es in der Mitte der Stadt Sitte, auch in den ersten Etagen Geschäftsräume einzurichten, und nächstens werden auch eine Anzahl Häuser der Salzgasse abgebrochen werden. Die Frauenparochie zählt durch den Zuwachs etwa 18,000 Seelen. Es besteht auch die Absicht: eine Sophienparochie zu begründen. Die Sophienkirche ist Stadt- oder vielmehr Stiftungskirche. Der evangelische Hochgottesdienst wird darin seit August des Starken Zeit gehalten; der Sophiengottesdienst findet Sonntags ½12 Uhr statt, wobei besonderes Personal fungirt (Sophienprediger, Kreuzchor, Sophienorganist und desgleichen Küchner). Zur Sophienkirche würden die nächstliegenden Straßen und vielleicht die Häuser am Antonsplatze kommen. Die Kreuzparochie würde immer noch groß genug bleiben mit ca. 30,000 Seelen. Am ersten wird das Bedürfniß nach Kirche und Schule in der Johannstadt empfunden werden; insbesondere würden die größeren Familienwohnungen leichter zahlungsfähige Miether finden, wenn es in diesem exponirten Stadttheile eine Bürgerschule oder wenigstens eine Filiale für die Elementarklassen gäbe. Denn im Winter ist für die 7- und 8jährigen Kinder (insbesondere bei Ostwind und Schneewetter) der Weg nach der nächsten Bürgerschule auf der Blochmannstraße zu weit. Und es ist Thatsache, daß die Schulverhältnisse für viele Familienväter bestimmend bei der Wahl der Wohnungen sind.

— Die nächste Sitzung des Kreisausschusses findet Freitag d. 28. d. M. Vormittags 11 Uhr statt.

— Beim Reichsgericht zu Leipzig soll demnächst ein Bibliotheks-Assistent angestellt werden, nachdem die Bibliothek der genannten Behörde einen solchen Umfang erhalten hat, daß ein einziger Beamter für dieses Institut nicht mehr ausreicht. Im Laufe des vergangenen Jahres hat die Bibliothek allein einen Zuwachs von 18,000 Bänden erfahren.

— In wenigen Tagen tritt das Gesetz über die Krankenversicherung der Arbeiter in Kraft und die Vorarbeiten hierzu dürften nun überall, in der Hauptsache wenigstens, beendigt sein. Den Herren Gemeindevorständen, in deren Gemeinden die Gemeinde-Krankenversicherung eintritt und welche sich bis jetzt noch nicht im Besitze der im Verlage der Burdach'schen Hofbuchhandlung (Warnatz & Lehmann) hier erschienenen Broschüre von Otto Schilling über die gemeinsame Gemeinde-Krankenversicherung (Preis M. 1.20) befinden, können wir nur rathen, sich dieselbe anzuschaffen, da sie ihnen die Handhabung des Gesetzes wesentlich erleichtern wird. Die der Schrift angefügten Formulare, von denen die genannte